

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 3 (1977)
Heft: 1

Artikel: Krankenkassen : erfolgreiche Petition der PFS
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-358521>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Fristenlösung – wie weiter?

„...jede zweite Schweizerin, die ungewünscht schwanger wird, würde einen Schwangerschaftsabbruch in Betracht ziehen, wenn es das Gesetz ermöglicht.“ Dies ist das Resultat einer in der 'Annabelle' veröffentlichten Meinungsumfrage.

Derweil diskutieren die eidgenössischen Räte immer noch im Kreis herum. Eigentlich sind es zwei Diskussionen, die unabhängig voneinander geführt werden: Die Debatte über die Fristenlösung (Verfassungsinitiative) und die Diskussion über eine Abänderung des Gesetzes.

Im November beschloss die vorbereitende Kommission des Nationalrates mit 12 : 11 Stimmen, den Vorschlag zu machen, dass die Fristenlösungs-Initiative dem Volk zur Annahme empfohlen werden sollte. Zum dritten Mal hat sich diese Kommission mit dem gleichen Stimmenverhältnis für die Fristenlösung ausgesprochen. Der Nationalrat selber konnte sich jedoch in seiner Debatte im Dezember wieder nicht dazu entschliessen, dem Vorschlag seiner Kommission zu folgen. Er beschloss mit 99 : 77 Stimmen, für die Volksabstimmung gar keine Empfehlung herauszugeben. Dieser recht ungewöhnliche Entscheid ist Ausdruck dafür, dass keine Einigung erzielt werden konnte.

Da der Bundesrat und der Ständerat ihrerseits die Initiative ablehnen, kann das Geschäft an den Ständerat zur Differenzbereinigung zurückgehen. Theoretisch könnte dieses knorzhige Hin und Her noch bis 1979 dauern. Möglich ist es aber auch, dass die Räte dazu stehen, dass sie sich nicht auf einen gemeinsamen Standpunkt stellen können. Dann würde die Initiative halt ohne Empfehlung dem Volk unterbreitet werden.

Parallel zur Diskussion um die Initiative auf Verfassungsebene wird auf Gesetzesebene die Abtreibungsfrage ebenfalls zwischen beiden Kammern hin- und hergeschoben. Im Dezember verwarf der Ständerat sogar die 'Soziale Indikation'. Da es sich um ein Gesetz handelt, müssen sich die beiden Räte einig werden. Deshalb versuchen sie, eine beiden Kammern (aber nicht unbedingt den Frauen) genehme

Indikationenlösung zu finden. Diese könnte dann als 'indirekter Gegenvorschlag' Volk und Ständen unterbreitet werden.

Fristenlösung sofort vors Volk!

Ob eine Indikationenlösung 'erweitert' oder 'eingeschränkt' ist, scheint uns unwesentlich. Beides würde für die fortschrittlichen Kantone eine Verschlechterung des jetzigen Zustandes



Wir wollen gewünschte Kinder

bedeuten. Wir Frauen können nur hoffen, dass die Fristenlösungsinitiative bald zur Abstimmung kommt, denn nur sie ist heute eine wirklich fortschrittliche und realistische Lösung

lb/kb

Frauen am meisten betroffen

Die Kommission für Frauenfragen kommt in ihrem ersten Bericht zum Schluss, 'dass berufstätige Frauen von der Rezession direkt stärker betroffen werden als Männer, vor allem durch den Verlust von Teilzeitzellen und Heimarbeit. In den vergangenen Jahren der Hochkonjunktur wurden die Frauen von der Wirtschaft mit allen Mitteln rekrutiert und ins Erwerbsleben eingespant. Nun da man sie nicht mehr braucht, gehören sie zu den ersten Entlassenen. Im Auf und Ab der Wirtschaft scheinen die Frauen eine Reservefunktion zu haben.'

Die Kommission schlägt als Sofortmassnahmen vor, die Statistiken zu verbessern, die Information für die Frauen zu verbessern, Beratungsstellen zu eröffnen und Geldmittel für die berufliche Weiterbildung für Frauen bereitzustellen.

Wir meinen, diese Sofortmassnahmen sind zwar richtig, aber ungenügend. Die berufstätigen Frauen müssen selbst an die vorderste Front in den Gewerkschaften und Parteien, damit ihre Interessen tatsächlich durchgesetzt werden. Dort müssen sie eintreten für die 40-Stunden-Woche, denn sie schafft Arbeitsplätze der Frauen. Nur im täglichen Arbeitskampf der Gewerkschaften, Parteien und Frauenorganisationen kann der politische Druck erzeugt werden, der die Unternehmer bei den Entlassungen der Frauen stoppt.

te eine Verkäuferin. Für eine Verkäuferin ist es heute schwierig, eine neue Stelle zu finden. Man macht alles mit und wäscht z.B. noch die Staublappen der Firma zuhause. Kein Wunder, dass der Umsatz steigt. Mittels solcher Praktiken gelang es der Migros, ihren Umsatz um 1,6 % zu erhöhen.

PF gegen Rechtsstaat?

Zweimal hat die PF Bern ihre Vollversammlung in den Räumen des EUG (Evangelische Universitätsgemeinde) abgehalten. In Zukunft soll ihr dies verboten werden. Begründung des EUG-Rates: "Gruppen, die die Rechtsstaatlichkeit missachten", seien nicht erwünscht. Wenn sich Frauen für ihre Rechte einsetzen, vergehen sie sich — nach der Logik gewisser Herren — gegen unseren Rechtsstaat. M.H.

Zürich

Vobereitungen zum Frauenmärz

In Zürich ist in diesen Wochen viel von den Frauen die Rede, angefangen bei der massiven Unterschriftensammlung für die Petition an den Bundesrat betreffend Krankenkassen; dann das Frauenfest in der Tearena kurz vor Weihnachten, das unter dem starken Andrang von Besuchern beinahe etwas gelitten hat - und schliesslich der Entscheid der SP-Kantonalpartei, eine Frau für den vakant gewordenen Sitz in der Regierung kandidieren zu lassen: Hedi Lang, die Zürcher Nationalrätin aus Wetzikon. Zur Unterstützung dieser Kandidatur kam ein respektables Frauenkomitee zusammen - 'FRAUEN FÜR HEDI LANG' - wo unter den dreissig Erstunterzeichnerinnen bekannte Persönlichkeiten figurierten, wie Dr. Gertrud Heintzelmann, seit Jahrzehnten Kämpferin für die Frauenrechte, Dr. Lydia Benz-Burger, Ehrenmitglied des Vereins für Frauenrechte, Dr. Emilie Lieberherr, Präsidentin der Eidgenössischen Frauenkommission, Dr. Susanna Woodtly, die Verfasserin von 'Gleichberechtigung', Dr. Charlotte Peter, Chefredaktorin der ELLE, Professor Dr. Hedi Fritz Niggli, Direktorin des Strahlenbiologischen Instituts der Universität Zürich, Heidi Abel, Lee Ruckstuhl, Nina Stürm, Irene Schweizer, Parlamentarierinnen und Vorsteherinnen von Frauenorganisationen Sie alle traten ein 'für die Sache der Frauen....für eine demokratischere Verteilung der Regierungsverantwortung.... für die erste Frauenkandidatin in den Zürcher Regierungsrat!' Die Frauenwoche im März ist in Vorbereitung. Es soll ein richtiger 'Frauenmärz' werden!

Schaffhausen

Abendverkauf lohnt sich nicht

Noch vor Beginn der Amtsperiode des neugewählten Schaffhauser Grossen Rates hat K. Fuchs, SP-Grossrat und VHTL-Sekretär, eine Motion eingereicht. Er verlangt damit, dass der Regierungsrat die Ladenschlussregelung für den Kanton einheitlich festlegen soll. Mit der Motion, die von den beiden POCH-Kantonsträten unterstützt wird, kann dem bald auslaufenden Abendverkaufsprovisorium ein Riegel geschoben werden. Fällt der Vorstoss allerdings durch im Parlament, bleibt nur noch der Weg der Volksinitiative. Die Chancen sind gross, dass das Abendverkaufsprovisorium nicht weitergeführt wird. Gerüchteweise ist bekannt geworden, dass ein unter den Altstadt-Geschäften veranstaltete Umfrage durchwegs negativ ausfiel. Selbst die EPA, so hört man, sei inzwischen gegen den Abendverkauf. Offiziell ist es allerdings still um den Abendverkauf. Die Kaufhäuser-Gewaltigen haben nämlich bereits eine neue Möglichkeit gefunden, die Altstadt noch attraktiver zu gestalten: ein Riesenparkhaus mitten in der Altstadt, ausgerüstet mit direkten Rolltreppen in die grossen Warenhäuser Schwanen und EPA SG

Kontaktadressen

Progressive Frauen Schweiz

5001 Aarau, Postfach 15

4001 Basel, Postfach 338
Tel. 061/25 58 32

3001 Bern, Postfach 4076
Tel. 031/43 33 49

8201 Schaffhausen, Postfach 553
Tel. 153/5 65 21

4500 Solothurn, Postfach 144
Tel. 165/22 37 13

4600 Olten, Postfach 644

6000 Luzern, Postfach 69
Tel. 041/23 95 69

8026 Zürich, Postfach 611
Tel. 01/44 64 94

Krankenkassen

Erfolgreiche Petition der PFS

Postfach entnehmen. Jetzt haben wir bereits 14'000 Unterschriften gesammelt.

Die Petition der Progressiven Frauen Schweiz, für die Bezahlung der gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen, Gleiche Prämien für Mann und Frau, für die Errichtung einer Mutterschaftsversicherung und einer Familienversicherung hat in der Bevölkerung, insbesondere bei den Frauen ein grosses Echo gefunden. Jeden Tag können wir gefüllte Petitionsbögen unserem

Unterstützungskomitee

Um der Petition noch mehr Gewicht zu geben, wollen wir ein breites Unterstützungskomitee ins Leben rufen, in dem bekannte Frauen und weitere Frauenorganisationen mitarbeiten. Denn nur wenn sich eine breite Front aller fortschrittlichen Frauen bildet, die die Rechte der Frauen in der Sozialversicherung verteidigen und ausbauen wollen, wird uns Erfolg beschieden sein.

15 Millionen Franken

In der Dezembersession hat der Ständerat die Subvention für die Krankenkassen wieder um 15 Millionen Franken gekürzt. 2/3 aller Subventionen gehen an die Kosten der Frauen... Welches ist wohl der nächste Leistungsabbau der Krankenkassen auf Kosten der Frauen?

Frauen, wir müssen uns wehren! est

Frauen-Beratungsstellen

Frauenberatungsstelle der PF Luzern
Urania Haus
Friedensstrasse 2
6000 LUZERN
Tel. 041/23 95 69
öffnet jeden Dienstag 17.30-19.30 h

POCH-Info Basel
Untere Rheinweg 44
4001 BASEL
Tel. 061/22 63 56
öffnet jeden Dienstag 15.30-20.30 h

Frauenberatungsstelle der PF Schaffhausen
Mühletalsträsschen 13
8200 SCHAFFHAUSEN
Tel. 153/5 65 21
öffnet jeden Dienstag 18.00-20.00 h

Frauenberatungsstelle der PF Solothurn
E. Hübler, DERENDINGEN
Tel. 065/42 36 93

